



Brüssel, 01. April 2010

Andreas Schwab (EVP/CDU):

**Andreas Schwab (EVP/CDU): Autohändler brauchen
Rechtsicherheit bei EU-Vorgaben**

**EU-Regelung läuft zum 1. Mai aus / Mehrmarkenvertrieb in Gefahr / Neue
Gruppenfreistellungsverordnung schwächt Händler**

Für Autohändler muss es künftig mehr Rechtssicherheit gegenüber den Herstellern geben. Das fordert der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europaparlament. Der Automobilsektor ist seit vielen Jahren durch eine Sonderregelung vom europäischen Wettbewerbsrecht ausgenommen, um eine Waffengleichheit zwischen Vertragshändlern und kleineren unabhängigen Händlern zu gewährleisten. Diese Sonderregelung läuft zum 1. Mai 2010 aus. Die EU-Kommission möchte für den Automobilsektor eine sektorspezifische Gruppenfreistellungsverordnung (GVO) schaffen, die ab dem 1. Juni 2013 gelten soll.

"Die geplanten neuen Regeln schwächen aber die Autohäuser, da die Automobilhersteller ihren Vertriebspartnern künftig vorschreiben könnten, bis zu 80 Prozent des Gesamtbezuges für Neuwagen einer einzigen Marke aufzuwenden. Damit sind der Mehrmarkenvertrieb und zahlreiche Händlerschutzvorschriften in Gefahr. Wir brauchen jetzt eine Bestandsgarantie für die Händler, die im Vertrauen auf den Fortbestand des Mehrmarkenvertriebs teils erhebliche Investitionen getätigt haben, wie etwa den Umbau des Verkaufsraums. Deswegen müssen die Kommissionspläne zugunsten der Händler geändert werden", so Schwab.

"Wir brauchen weiter eine europaweite Regelung, die KfZ-Händler wie Handelsvertreter behandelt werden. Zudem muss über eine spezielle Wettbewerbsklausel im Händlerbereich nachgedacht werden um die Gefahr des Missbrauchs der starken Stellung der Automobilhersteller abzumildern", sagte der CDU-Europaabgeordnete.

"Der Kfz-Sektor ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der EU. Die Händler brauchen jetzt sehr schnell Planungssicherheit. Die große Mehrzahl der betroffenen Automobilhändler sind kleine und mittlere Unternehmen. Die Kommission muss dafür sorgen, dass die Verunsicherung und jede weitere Schwächung der Automobilhändler vermieden wird", so Schwab, der sich in einem entsprechenden Schreiben an EU-Wettbewerbskommissar Almunia gewandt hat. Am 14. April wird der Binnenmarktausschuss einen Workshop zu diesem Thema abhalten.

Für weitere Informationen:

Dr. Andreas Schwab MdEP, Tel. +32 2 284 7938

EVP-Pressestelle, Thomas Bickl, Tel. +32 2 283 2002 oder +32 478 215372